

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/43. Jahrgang

November 2012

Schutzgebühr: 0,40 €

Bürgerbegehren zur Abwahl von OB und Bgm?

Diese in einem Leserbrief aufgeworfene Möglichkeit scheint nicht ganz abwegig, wenn man verfolgt, wie in Gießen das Unheil Landesgartenschau seinen Lauf nimmt. Nach der Zerstörung der Wieseckau geht der Kahlschlag weiter.

Gegen den Widerstand der Anwohner wurden die Bäume in der Ringallee abgeholzt, es folgten weitere Fällungen, darunter die schönen Linden an der Lahn.

Daß nach Blau-Weiß inzwischen auch der Verkehrsübungsplatz und die Tennisplätze dran glauben mußten, sei nur am Rande erwähnt.

Für eine Million Euro wird eine dritte Lahnbrücke gebaut, deren Kosten bereits jetzt um 67% teurer als geplant veranschlagt werden. Gleichzeitig werden dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen an der maroden Adenauer-Brücke unterlassen,

obwohl dort an der Hauptstraße nach Heuchelheim eine Sperrung droht. Die praktische Fußgänger-Unterführung in der Ostanlage soll für 350.000

Euro zugeschüttet werden; ein neuer ebenerdiger Überweg soll zum LaGa-Eingang führen, wobei die zusätzliche
(Fortsetzung auf Seite 3)

Schwanenteich gerettet! - Glückwunsch!

Das zweite Bürgerbegehren der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ war ein voller Erfolg. Rund 3.500 Wahlberechtigte, viel mehr als erforderlich, hatten mit ihrer Unterschrift erklärt: wir wollen, daß der Schwanenteich einschließlich Uferweg und Baumbestand so bleibt, wie er ist. Daraufhin hat die Stadt einen Rückzieher gemacht und will am 22. November genau dies beschließen lassen, mit einer dreijährigen Bestandsgarantie – wie es auch ein Bürgerentscheid zur Folge gehabt hätte.



Inhalt:

Uni-Klinikum/"Stadtcocktail" S.2
Nazikram/Anträge Linksfraktion S.3

Stromkosten/Rentenkasse S.4
Happy Depression/Kabarett S.5
Diffamierung statt Information S.6

Merkeldoktrin/Leserbr./Termine S.7
Mahngang am 9. November S.8
Eritrea: Grüne Kriegsvorbereitung S.8



Privater Wochenmarkt? Nein Danke!

20.000 € kostet der Gießener Wochenmarkt angeblich jährlich die Stadt. Also Defizit beseitigen und der traditionelle Wochenmarkt wird zukünftig privat betrieben. So die Pläne der Stadt. Und rein zufällig ist auch schon ein kommerzieller Betreiber

zur Stelle - die Deutsche Markt Gilde (DMG), die bundesweit etwa 110 Wochenmärkte betreibt und damit Geld verdient.

Dass die Standgebühren der Marktbesucher steigen, zeigt der Blick nach Wettengel: 100% höhere Gebühren sind die Folgen - und damit auch höhere Verkaufspreise (an die Kunden!). Dies droht auch in Gießen,
(Fortsetzung auf Seite 3)

Für Frieden und Sozialismus!



Uni-Klinikum – weitere Gründe für Enteignung

Die Rhön-Kliniken AG hat sich mit dem Kauf des Uni-Klinikums Gießen/Marburg (UKGM) offensichtlich übernommen. Nicht nur der hiesige Vorstand wird immer wieder ausgetauscht, weil bisher kein Manager in der Lage war, die erwarteten Gewinne zu erreichen. Jetzt wurde auch der Konzernvorstand ausgewechselt. Neuer Vorstandsvorsitzende und Finanzchef wird das bisherige Aufsichtsratsmitglied Jens-Peter Neumann. Dieser Herr war bis vor ein paar Jahren verantwortlicher Investmentbanker bei der Dresdner Bank. Dort hat er mit hochriskanten Papieren spekuliert und dabei 5,7 Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Das führte zum Ende dieser Bank und deren Übernahme durch die Commerzbank. Trotzdem erhielt er noch einen Bonus von 3 Millionen Euro – das war ihm aber nicht genug. Er erstritt vor Gericht noch eine Abfindung von 1,5 Millionen Euro. Skrupellos genug ist er also, aber ob ihn das für die Leitung eines Klinik-Konzerns qualifiziert? Wie viele Millionen werden die Beschäftigten der Rhön-Klini-

ken allein für diesen Vorsitzenden erwirtschaften müssen? Am UKGM waren inzwischen die berüchtigten Berater von McKinsey am Werk. Was sie in mehrwöchiger Arbeit herausgefunden haben, hätte man schon vorher

werden, das Land müsse wieder einspringen. Die Privatisierungspolitik der CDU-Landesregierung unter Roland Koch hat sich als Katastrophe erwiesen. Mit dem Verkauf der Kliniken wollte sich das Land seiner gesetzlichen Pflicht zur Sicherung der Krankenversorgung auf billige Weise entledigen. Das konnte so nicht funktionieren. Die Gelder, die Krankenhäuser von den Krankenkassen bekommen, sind einzig und allein für die Krankenversorgung gedacht, Investitionen müssen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die öffentliche Hand, vor allem die Bundesländer, tragen. Jeder Euro, der für Investitionen und Gewinn abgezweigt wird, wird den Beschäftigten durch Überbeanspruchung und den Patienten durch Vorenthaltung medizinischer Leistungen und Pflege weggenommen. Das Klinikum muß so schnell wie möglich wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Nach Grundgesetz und Hessischer Verfassung wäre auch eine Enteignung möglich. Gernot Linhart



sagen können: Um höhere Profite zu erwirtschaften, müssen mehr Patienten behandelt, gleichzeitig Personal abgebaut und Dienstleistungen ausgegliedert werden. Keine guten Aussichten für Beschäftigte und Patienten! Beim Kauf des Uniklinikums hatte die Rhön AG vertraglich zugesichert, keine Investitionsmittel vom Land zu beanspruchen. Von dieser Zusage ist der Betreiber jetzt abgerückt. Der Investitionsbedarf von mehr als 200 Millionen Euro für die nächsten Jahre könne nicht erwirtschaftet

Giftmischerei beim „Stadt-Cocktail“

Aufmerksamen Lesern beider Gießener Tageszeitungen wird nicht entgangen sein, daß die Berichterstattung über die BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ sehr unterschiedlich ausfällt. Während im Anzeiger Objektivität und Sachlichkeit vorherrscht, ist der Sprachgebrauch der Allgemeinen oft abfällig bis hämisch. Da „dümpelt“ die BI „vor sich hin“, von „vermeintlichen Schwanenteich-Rettern“ ist die Rede, deren „Größenwahn heilbar ist“, von ihrem „Häuflein Sympathieträgern“ u.a. Seitenhieben. Besonders Herr Tammé tut sich im samstäglichen „Stadt-Cocktail“ als Sprachrohr der herrschenden (Stadt-/Landes-) Regierungen hervor, nicht nur in Propaganda für die Landesgartenschau. Darin hat er Tradition. Als vor fünf Jahren Studierende sich gegen die Einführung von Studiengebühren zur Wehr setzen und eine Verfassungsklage vorbereiteten, die von 60.000 Hessen unterschrieben

wurde, räsonierte Tammé, daß „Studenten- und Gewerkschaftsvertreter fleißig weiter an ihrem großen Popanz basteln“. Und dies, obwohl ihm der Artikel 147 der Hessische Verfassung: „In allen öffentlichen... Hoch-

sie tun: „Vermutlich hätten auch sehr viele den Satz unterschrieben: ‚Gegen den Personalüberhang im Klinikum auf Kosten der Krankenversicherten.‘“

Daß die herrschende Meinung immer die Meinung der Herrschenden ist, ist seit Karl Marx bekannt. Das kann man von BILD bis FAZ, von ARD bis RTL studieren. Manche Hofberichterstatter tun des Guten zuviel – dann fällt es unangenehm auf.

Als nach dem Krieg die „Gießener Freie Presse“, der Vorläufer der Gießener Allgemeinen, gegründet wurde, geschah dies auch bewußt in Abgrenzung zum Anzeiger und dessen NS-Vergangenheit.

Damals hieß das Motto im Zeitungskopf: „überparteilich“ und „unabhängig“. Davon ist nichts mehr zu spüren. Im übrigen bewegen sich beide Tageszeitungen gleichermaßen weitestgehend im Rahmen der „herrschenden Meinung“. Erika Beltz



schulen ist der Unterricht unentgeltlich“ bekannt sein dürfte.

Als Anfang Oktober die Klinikumsbeschäftigten für ihre Forderung nach einem Stopp des Stellenabbaus 43.000 Unterschriften gesammelt haben (Tammé: „eine Fleißarbeit heimischer Gewerkschafter“), stellt er in infamer Weise die Unterzeichner als beschränkt dar, die nicht wissen was



BLÖDER NAZI-KRAM

Dieser Spruch am Relief an der Bergkaserne beansprucht keine tiefgehende Analyse, faßt aber das Wesentliche zusammen. Dieses martialische Monument aus der Nazi-Zeit wurde zu Ehren der Gefallenen des 1. Weltkrieges errichtet. Damals griff der deutsche Imperialismus mit Wilhelm II erstmals nach der Weltherrschaft. Eine solche Ehrung der Aggressoren war nie unumstritten, und die Forderung dieses Denkmal, das ohnehin nur noch in Resten besteht, ganz zu beseitigen, wird nicht nur von der DKP aufgestellt. Heute ist aus dem Motto „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“, das lange unumstößlich galt ein „Nie wieder Krieg ohne uns“ geworden. Da werden die neuen Ehrenmale nicht lange auf sich warten lassen.

„Als starkes Mitglied der internationalen Gemeinschaft wird Deutschland künftig eher häufiger gefragt werden, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen - auch militärisch,“ Kriegsminister de Maizière im Oktober.



(Fortsetzung von Seite 1)

Bürgerbegehren zur Abwahl von OB und Bgm.?

che Ampelanlage entsprechende Verkehrsbehinderung mit sich bringt. Die Kongreßhalle wird dem Verfall anheim gegeben, weil „kein Geld“ da ist. Wenn nicht bald saniert wird, muß sie geschlossen werden. Zum „neuen“ Geschäftsführer wurde ab 1. November der alte (bis 2000) wieder eingestellt, aber nur für ein halbes Jahr befristet – bis zur Abwicklung? Auch in den Schulen bleiben notwendige Reparaturen liegen. Systematisch wird in Gießen das Chaos programmiert. Hilflös soll durch Privatisierung das finanzielle Desaster verhindert werden. Oben auf der Abschußliste stehen das Krematorium und der Wochenmarkt, die an private Betreiber abgegeben werden

sollen. Für die Menschen in Gießen heißt das: nach den drastischen Gebührenerhöhungen für Beerdigungen wird das Sterben noch teurer; und der Wochenmarkt soll ruiniert werden - Armes Gießen! Wenn die LaGa vorbei ist, werden die Schulden astronomisch sein – und Gießen eine Geisterstadt.

P.S.: Eine Amtsenthebung unserer Spitzenpolitikerinnen würde allerdings auch nichts ändern. Denn die kommunale Finanzmisere ist bewußt verursacht von den Bundesregierungen, die allesamt die Steuern vorrangig für Bankenrettung, Profitsicherung und Kriege ausgeben – und nicht im Interesse der Menschen. Erika Beltz



Anträge der Linksfraktion

Ausgaben unter 500.000 Euro darf der Magistrat ohne die Zustimmung des Magistrats beschließen. Das hat er z.B. mit der Zuschüttung der Fußgängerunterführung in der Ostanlage getan. Damit so etwas in Zukunft nicht wieder passiert, beantragte Michael Beltz dieses Limit auf 100.000 Euro zu begrenzen. Ein weiterer Antrag hat die Verhinderung der Privatisierung des Wochenmarktes zum Ziel.

(Fortsetzung von Seite 1)

Privater Wochenmarkt?

und nicht nur das. Die DMG nimmt auch Einfluss auf den Angebotsmix und bestimmt, welche Händler in Zukunft auf dem Wochenmarkt dabei sein dürfen. Ebenso werden von der DMG die Öffnungszeiten bestimmt. Wir Kommunisten lehnen eine Privatisierung des Wochenmarktes ab! Die Stadt sollte zur Kenntnis nehmen, dass der Wochenmarkt ein Stück Kulturgut ist. Oder wird demnächst auch das Stadttheater privatisiert, nur weil es nicht kostendeckend arbeitet? Und: wo bleibt eigentlich die von SPD/Grün vielbeschworene Bürgerbeteiligung?

Vor vielen, vielen Jahren sollte schon einmal der Brandplatz und damit der Wochenmarkt verändert werden. Hotel und Tiefgarage waren das Ziel der Stadt. Die Gießener Bürger haben darauf mit der Bürgerinitiative „Was soll aus dem Brandplatz werden“ geantwortet und die Pläne der Stadt durchkreuzt! - Das war damals die richtige Antwort - und ist die richtige auch heute!
Helmut Appel

Private Verbraucher zahlen für die Konzerne

Der Strom soll mal wieder teurer werden – an diese jährliche Meldung hat man sich inzwischen gewöhnt. Dieses Mal fällt die voraussichtliche Erhöhung besonders deutlich aus. Der Grund dafür ist inzwischen weitgehend bekannt: Zum einen steigt der durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bedingte Zuschlag, zum anderen werden die Netzgebühren höher, den Netzbetreibern wurde von der staatlichen Netzagentur ein höherer Gewinn zugestanden. Beide Zuschläge zahlen bekanntlich vorwiegend Privathaushalte und kleinere Gewerbebetriebe, die Großabnehmer sind durch großzügige Sonderregelungen davon befreit. Von der weitverbreiteten Empörung dagegen läßt sich die CDU/FDP-Regierung nicht beeinflussen, sie geht wohl davon aus, daß das bis zur nächsten Wahl vergessen ist. Leider stellt aber niemand das EEG selbst in Frage. Dieses Gesetz wurde beschlossen, als es erst wenige

Fotovoltaik- und Windenergieanlagen gab. Als Anschubfinanzierung war diese Umlage auf den Strompreis vielleicht sinnvoll, jetzt geht es aber um den flächendeckenden Einsatz dieser Energien. Das ist eine ge-

fähigkeit, sonder nach dem Stromverbrauch. Kinderreiche Familien zahlen mehr als Einzelpersonen. Wer sich teure, stromsparende Elektrogeräte leisten kann, zahlt weniger als jemand, der nur gebrauchte Strom-



fresser anschaffen kann. Der steuerfinanzierte Umstieg auf sogenannte erneuerbare Energien müßte einhergehen mit einer planmäßigen Entwicklung. Nur dann könnten herkömmliche Kraftwerke nach und nach ersetzt werden. Alle bisher gebauten Solaranlagen, die mit zig-Milliarden Euro gefördert wurden, ersetzen kein einziges Kraftwerk, sondern nur deren Betriebsstunden bei Sonnenschein. Bei Windkraftanlagen ist es ähnlich.

samtgesellschaftliche Aufgabe, die auch gesamtgesellschaftlich finanziert werden muß – aus Steuermitteln, so wie es bei der Entwicklung der Kernenergie und bei der Förderung der Steinkohle selbstverständlich war. Mit dem EEG erfolgt die Belastung der Bürger und Betriebe nicht nach wirtschaftlicher Leistungs-

Nur wenn der Ausbau von Sonnen-, Wind- und Biogasanlagen, Stromnetzen und die Entwicklung von Stromspeichern aufeinander abgestimmt wird, kann es sowas wie eine „Stromwende“ geben. Das aber würde die Energiekonzerne entmachten – und das kann nur im Kampf gegen diese durchgesetzt werden. Gernot Linhart

3 Milliarden-Geschenk an Unternehmer aus der Rentenkasse

Vom kommenden Jahr an sollen die Beiträge zur Rentenversicherung von 19,6 auf 18,9% gesenkt. Das ist der niedrigste Beitragssatz seit 1995. Den Unternehmern werden damit mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr geschenkt. Den Versicherten wird dieses Geld in der Rentenkasse fehlen. Warum macht man das, wenn allenthalben wachsende Altersarmut

Auch für die Versicherten reduziert sich ihr Beitrag: um durchschnittlich 9 Euro im Monat. Selbst wenn sie diesen Kleckerbetrag in eine private Rentenversicherung einzahlen würden, sind sie die Gelackmeierten, weil die 9 Euro, die der Unternehmer bisher zusteuern mußte, fehlen. 37% der 1,6 Millionen Frührentner, die nicht mehr arbeiten können, sind arm – nach offiziellen Zahlen. Und

immer mehr müssen dazuverdienen: Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Rentner mit einem Minijob auf etwa 761.000 gestiegen - ein Plus von knapp 60%. Rund 120.000 waren 75 Jahre alt und älter. Gleichzeitig haben die Rentner einen enormen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen: in den letzten 12 Jahren sank ihre Kaufkraft im Westen um 17%, in Ostdeutschland um 22%.

beklagt wird, die man angeblich bekämpfen möchte? Weil die Bundesregierung irgendwann beschlossen hat, daß die Beiträge sinken müssen, wenn die Rücklagen in der Rentenkasse mehr als 1,5 Monatsausgaben betragen. Ein selbstgemachter „Sachzwang“ also, den man leicht beseitigen könnte.



Diese bewußt herbeigeführte Altersarmut wird durch die Rente mit 67, die auch von der SPD mitgetragen wird, noch verstärkt werden.

Das neueröffnete Pfandhaus in Gießen meldet derweil großen Andrang: „Gut 50% meiner Kunden sind Senioren, die z.B. bei ihrer Krankenkasse etwas nachzahlen müssen oder das Geld für eine medizinische Behandlung brauchen.“

Michael Beltz

Happy Depression

Der Staat, die Länder, vor allem die Kommunen bei uns sind verschuldet bis zur Halskrause. Die Armut einer wachsenden Zahl von Bürgern nimmt zu. Strom und Heizung werden unbezahlbar. Die Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger steigen auf Rekordwerte und beim Antrag auf Grundsicherung müssen sich die Menschen in unwürdiger Weise bis in die Intimsphäre ausziehen. Aber da zeigen die herrschenden Politiker auf Griechenland, Italien und Spanien und führen Deutschland als Insel der Seligen vor. Bundespräsident Gauck, für den das

Leben im Kapitalismus ein wunderschöner Sonntag ist, ruft uns zu: „Wir, die Bürger, sollten Vertrauen zu denen haben, die in unserem Lande Verantwortung tragen.“

(1) Bei den Gesundbetern darf die SPD-Führung nicht fehlen, die schon in der Weimarer Zeit „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein wollte. Steinbrück stellt sich im Interview mit dem „Spiegel“ als The-



(1) Fritz Tarnow auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1931 als Hauptreferent: „Die Arbeiterbewegung hat am Krankenlager des Kapitalismus... Arzt zu sein...“

rapeut und Retter der Großbanken vor („Spiegel“ 39/2012). (2) Liest man den Wirtschaftsteil führender großbürgerlicher Zeitungen, klingt alles ganz anders.

„Europa steht am Abgrund... Es ist eine Minute vor zwölf. Die deutsche Öffentlichkeit scheint den Ernst der Lage nicht

zu begreifen“, sagt der hoch angesehene Wirtschaftswissenschaftler Nouriel

(2) Die Staatspleite, „erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie dann meist auch nichts mehr.“ Peter Panter/Kurt Tucholsky, 1931.

Roubini („Spiegel“ 24/2012). Der „Spiegel“ (33/2012) analysiert die globale Lage so: „USA, Japan, Großbritannien haben massive Schuldenprobleme - sie liegen

alle auf derselben Krankenstation.“ Bundesbank-

Chef Weidmann weiß: Die Geldschwemme der Notenbank „macht süchtig wie eine Droge“ („Spiegel“ 35/2012). Das Blatt zeigt dazu das Horrorszenario der Euro-Retter: „Die Schuldenländer versinken im Abschwung, und in der Bilanz der Zentralbank türmt sich der staatliche Anleihschrott, der in keinem Verhältnis mehr zur realen Wirtschaftsleistung steht. Die Folge: Inflation, Währungsreform, Vermögensschnitt.“ Die FAZ (23. Sept.) sieht die Gefahr, dass wir „versuchen, gegenwärtige Übel dadurch zu heilen, dass

(3) „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? ... Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ Marx/ Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848.



wir den Samen für künftige größere Übel säen.“ (3) Dem „Spiegel“ (38/2012) ist nicht entgangen, dass „viele Staaten, anders als 2008, nicht mehr über die

(4) Unsere Ökonomie birgt „elementare Risiken“... Wir wissen nicht, ob diese überschuldete Welt sich in eine Inflations- oder Deflationsspirale entwickelt...“ Bankhaus Metzler in Frankfurt/M, FAZ 8.9.

Ressourcen verfügen, Banken zu retten.“ Wir fügen an: Sie verfügen auch nicht mehr über die Mittel, wie 2008 die Arbeitslosigkeit mit Kurzarbeit zu bekämpfen.

Neben Gelddrucken, Anleihekäufen hat die Zentralbank in der Rezession noch die Möglichkeit, den Leitzins zu senken. Der ist aber schon bei 0,75 angelangt. „Eine Zinssenkung auf 0,5 Prozent wäre so etwas wie die letzte Kugel der EZB“ (FAZ v. 13. Okt.). Bis heute wird die Notwendigkeit der „Krisenbereinigung verdrängt in eine nicht endende ‘Happy Depression’“. Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst...“ (FAZ v. 28. Aug.). Ob die Krise in Inflation oder Depression führt, wissen die da oben nicht. Nur eines wissen sie: Auslöffeln sollen die Krisensuppe die da unten. Klaus Mewes

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Probeexemplar bzw. 10 Wochen Gratis-Abo (endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit,
Hoffnungstr. 18,
45127 Essen,
tel 0201-2486482
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

"Finanzimperium abzugeben"

„Ich weiß nicht, was ein Mensch ist - ich kenne nur seinen Preis.“

Diesen selbstentblößenden Satz hat Bert Brecht in einem seiner Stücke einem Börsenhändler zugeschrieben. In Liedform von Schauspieler Erich Schaffner (Foto rechts) vorgetragen, war er das Leitmotiv eines politischen Kabarettabends, zu dem DKP und Linke für den 2. Oktober in den Harlekin-Saal in Wetzlar eingeladen hatten.



Diffamierung statt Information

Ein Besuch in den ehemaligen Haftanstalten des MfS

Laut einer Umfrage 2010 können sich 80 % der Ostdeutschen und 72 % der Westdeutschen vorstellen, in einem sozialistischen Staat zu leben. Das gefällt der herrschenden Klasse nicht und sie versucht mit allen Mitteln dagegenzusteuern oder dem entgegenzuwirken.

Bei der Besichtigung der zu „Gedenkstätten“ umfunktionierten ehemaligen Untersuchungsanstalten des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wird der Besucher mit einer Mischung aus Lügen, Erfindungen, Verleumdungen überschüttet. Das neue Buch von Herbert Kierstein „Drachentöter“ konfrontiert die Fantasie-Stories mit Fakten.

Wasserfolter in Berlin-Hohenschönhausen – Skizzen eines Karl-Heinz Reuter zur Wasserfolter wurden bis 2005 dort ausgestellt, inzwischen kommentarlos entfernt. Detailreich wird die sogenannte Wasserfolter bei Führungen geschildert, um letztendlich anzumerken, daß noch keine Opfer gefunden wurden. Zeitzeugen, die in Hohenschönhausen

eingesessen haben, wissen nichts von Wasserfolter, halten die jetzt nachgebauten und ausgestellten Wasserzellen für absoluten Humbug. So wird in der Besucherführung weiter angemerkt, daß man nicht sagen kann, wie viele Opfer es gab, die Stasi hätte

keine geeigneten Örtlichkeiten oder Vorrichtungen, geschweige denn Zeugen oder Opfer.

Sehr einfallsreich ist auch die „Bestrahlungslüge“, Häftlinge seien mit Hilfe von Röntgengeräten radioaktiven Strahlen oder Substanzen ausgesetzt gewesen. Nachdem die Gauck-Behörde im März 2000 feststellte, daß es weder Dokumente noch Zeugen dafür gäbe, wird aber weiterhin den Besuchern in Hohenschönhausen vermittelt, es habe das wohl gegeben, aber leider könne man es nicht beweisen.

Erst die Verurteilung durch ein ordentliches Gericht berechtigt dazu, den Beschuldigten als Täter zu bezeichnen. Für ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS gilt dies nicht. Vorverurteilung, Ausgrenzung und Kriminalisierung; Sachlichkeit und Objektivität ausgeschlossen.

Kritik an den Zeitzeugenberichten sogenannter „Stasi-Opfer“ kommt jetzt sogar von unerwarteter Seite. Der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) beklagt sich, daß Vertreter der Verfolgten zunehmende Abweichungen in geschilderten Lebensläufen von Zeitzeugen feststellen, Teile aus anderen Erlebnissen werden übernommen und Vorwürfe halten im Einzelfall einer Überprüfung nicht stand. Keine geringe Rolle dürften die zu erwartenden Kapitalentschädigungen bzw Opferpensionen spielen. Sabine Albrecht



**H. Kierstein:
Drachentöter
Die „Stasi-
Gedenkstät-
ten“ rüsten**

256 S.,
12,95 •
eBook
6,99 •,
spotless-
Verlag.
edition ost

Zeit gehabt, die Akten zu vernichten, es bestände Forschungsbedarf. Wasserfolter wird in allen umfunktionierten U-Haftanstalten der DDR thematisiert; in Gera mußte ein 1980 von Anglern der Dienststelle im Personalbereich errichtetes Fischbecken für die Aussage erhalten, es gäbe einen Zeugen, der 1952 (!!) gesehen habe, wie darin gefoltert wurde. In Halle und Rostock ist man noch auf der Suche nach Tatorten für Wasserfolter.

Genauso sieht es aus mit der sogenannten Stehfolter, wo Gefangene in engen Käfigen zur Disziplinierung und Folter viele Stunden stehend verbringen müßten. Es finden sich einfach

**Redaktionsschluß für das
Dez.-Echo ist am 29.11.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: /www.dkp-giessen.de

- Ich möchte:
- Mitglieder der DKP kennenlernen
 - das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
 - das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
 - das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:



Merkel-Doktrin

Deutschland will sich künftig auch als Militärmacht stärker in den Vordergrund drängen, ließ die Bundeskanzlerin in einer Rede auf der Bundeswehrtagung in Strausberg wissen. »Ein Land wie Deutschland, als größte Volkswirtschaft in Europa und mit seiner Bevölkerungszahl und mit seinen Ressourcen sollte ein breites Spektrum an Fähigkeiten vorhalten«, legte sie ein deutliches Bekenntnis zur forcierten Militarisierung der deutschen Außenpolitik ab. Mit der Beteiligung der Bundeswehr an einer europäischen Militärintervention in Mali soll die Merkel-Doktrin ihre Feuertaufer erhalten.

Es sei nämlich nicht zu akzeptieren, so die Bundeskanzlerin, daß Mali zum Rückzugsgebiet für den internationalen Terrorismus werde. Daß dieser Terrorismus sich gegenwärtig ganz besonders in Syrien austobt, hält die Berliner Politik hingegen für durchaus akzeptabel. Denn in Syrien kommt die kriminelle Energie der Terrorbanden den Bestrebungen der westlichen Warlords zugute, ein widerständiges Regime zu beseitigen. Je nach Lage der Dinge sind Dschihadisten als Kriegsgegner oder auch als Verbündete herzlich willkommen. Was Syrien anbelangt, konzentriert

sich Berlin auf den »Day after«, den Tag nach dem Sturz des Baath-Regimes: Als größte Volkswirtschaft in Europa hat man schließlich seine Verantwortung für die neoliberale Neuausrichtung von gewaltsam zum Scheitern gebrachten Staaten. In Mali hingegen will Europas größte Volkswirtschaft auch als militärischer Faktor präsent sein...

Die offen militaristische Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik verfolgt nun das Ziel, die größte Volkswirtschaft in Europa mit dem entsprechenden militärischen Erzwingungsapparat auszustatten. Interessanterweise ist die deutsche Aufrüstungspolitik nicht auf mehr, sondern weniger europäische Integration ausgerichtet. Wurde angesichts deutscher Dominanz in Europa »mehr Europa« zu einer Art neuteutonischem Glaubensbekenntnis, so ist der Ausbau deutscher Militärmacht eher als nationales Projekt gedacht. Dabei ist die EU, deren Mitgliedsländern eine Aufrüstungsverpflichtung auferlegt wurde, ohnedies schon militaristisch genug. Deutschlands zusätzliche Anstrengungen lassen noch Schlimmeres befürchten. Werner Pirker (leicht gekürzt aus: „junge Welt“ vom 24.10.2012)

Termine

Nazi – Terror unter den Augen des Staates

Zehn Morde, Sprengstoffanschläge und Banküberfälle - verübt vom "Nationalsozialistischen Untergrund", der fest in organisierte Strukturen der Neonazi-Szene eingebettet war.

Vortrag und Diskussion mit: Paul Wellsow

(schreibt regelmäßig für „Analyse & Kritik“ und „Der Rechte Rand“)

Mittwoch, 21.11., 20 Uhr,
Vortragssaal der Kongresshalle
(Innenhof; Zugang über Löberstr.)
Veranstaltende Gruppen: VVN/
BdA, Infoladen, AntifaR4 u.a.

Iberische Halbinsel unterm Troika-Diktat

... und das spanische & das portugiesische Volk im Widerstand

Referent:

Manuel Parrondo

ehem. Landes-Ausländerbeiratsvors. Hessen

Freitag, 23. November, 20 Uhr
DGB-Haus, Dachsaal, Walltorstr.17
Veranstalter: Linkes Bündnis

Leserbriefe

Suicide in Hessen

Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes ist die Suizidrate in Hessen im Jahre 2011 dramatisch gestiegen. Die absolute Zahl belief sich auf 828 Menschen, dies entspricht einer Steigerung von etwa 16% gegenüber dem Jahr 2010. Die größten Zunahmen sind bei den Senioren (ähnlich wie in NRW) und bei den 40- bis 50-Jährigen zu registrieren. Dass dies kein hessenspezifisches Problem ist, sondern im Wesentlichen durch den ausufernden Kapitalismus geschuldet ist, zeigen folgende Fakten: Die Suizide stiegen weltweit und insbesondere aktuell in Osteuropa dramatisch an. Alle 40 Sekunden tötet sich ein Mensch, meldet kürzlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Mit rund einer Millionen Toten im Jahr zählen Suizide zu den 20 häufigsten Todesursa-



chen (FAZ, 6.9.2012). Ab 2007 steigen sie auch wieder in Deutschland stetig. Hier kommen mehr als doppelt so viele Menschen durch einen Suizid zu Tode als bei einem Verkehrsunfall. Die sozialen Ursachen (z.B. Alterarmut, Vereinsamung, Gesundheitssystem, prekäre Arbeitsverhältnisse, Kriege) dieser Taten sind unübersehbar! Uwe Moldenhauer

Platz des himmlischen Friedens

Im Zuge der Konterrevolutionen in Europa veranstaltete angeblich auch die Regierung Chinas am 19. Sept. 1989 ein "Massaker gegen das eigene Volk" auf dem Tiannamen-Platz ("Platz des himmlischen Friedens"). Ziel: Zerschlagung des "Volksaufstandes". So die bürgerliche Meinungsmache. Alles Lüge! So argumentiert z. B. Altkanzler H. Schmidt in der "Berliner Morgenpost" (8. Okt.): Die Regierungstruppen wurden brutal mit Steinen und Molotowcocktail attackiert. "Sie haben sich dann gewehrt." Das war's also.
Falk Moldenhauer

Mahngang und Kundgebung zum Jahrestag der faschistischen Reichspogromnacht

Am Morgen des 10. November 1938 wurden in Gießen, wie in vielen anderen Städten und Gemeinden in Deutschland, Synagogen, jüdische Geschäfte und Häuser von Nazis und ihren Anhängerinnen und Anhängern niedergebrannt. Menschen wurden geschlagen, gejagt und ermordet. Die Bevölkerung sah weg oder klatschte Beifall und beteiligte sich an den Pogromen. Dieses dreitägige Pogrom, das von den Nazis zynisch Reichskristallnacht genannt wurde, war ein wichtiger Schritt zur Festigung der

Macht der Faschisten. Da Widerstand gegen dieses verbrecherische Vorgehen ausblieb, erwies sich dieses Pogrom als ein wesentlicher Schritt zur Festigung der faschistischen Diktatur. An diesem Tag möchten wir den Opfern gedenken und zum Ausdruck bringen, dass es keine Relativierung und keinen Schlussstrich unter dieses Kapitel deutscher Geschichte geben darf.

Gleichzeitig wollen wir uns entscheiden gegen jegliche Form von Antisemitismus und Neofaschismus stellen

**Treffpunkt zum Mahngang: Freitag, 9. November, 18 Uhr vor dem Stadthaus, anschließend Kranzniederlegung
Gießener Bündnis gegen Rechts**

Bereits am Donnerstag, dem 8. November, findet um 18 Uhr am Gedenkstein für die ehemalige Synagoge vor der Kongresshalle eine Gedenkveranstaltung der Stadt Gießen statt

**Wir bitten um Spenden
Gießener Echo
Konto Nr. 193070
BLZ 51350025
Sparkasse Gießen**

**Widerstand
gegen Hartz IV
jeden Montag 18 - 19 Uhr
bei den drei Schwätzern**

Wie üblich – Grüne Kriegsvorbereitung Oder: wie der Herr Grothe gegen Eritrea hetzt

Die Hetze gegen Eritrea nimmt groteske Züge an - wie bei den Kriegen gegen Jugoslawien (Fischers Auschwitz-Lüge), gegen Irak (Saddam = Hitler), Afghanistan... „Unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt“ (Kriegsminister Struck) – gemeint sind Bodenschätze und die Sicherung des freien Zugangs zu den Weltmärkten und Rohstoffquellen (so die Aufgaben der Bundeswehr).

Nun sind neue Ziele ins Auge gefasst: Mali, Iran, Nordkorea, Weißrussland und Eritrea. Kuba wird nicht vergessen. Auch die Einkreisung von Russland und China durch die NATO gehört zur Strategie der Imperialisten. In diesen Rahmen reiht sich Herr Grothe (Bündnis90/Die Grünen) mit

seiner unsäglich Hetze gegen Eritrea ein. Mit der Wiederholung von Lügen (Zwangssteuern) und Verleumdungen (religiöse Unterdrückung) will er Stimmung machen und läßt keine Gelegenheit aus, mit seinen Helfershelfern, die er von weit her holt, eine Schau nach der anderen abzuziehen. Eritrea konnte erst vor 20 Jahren nach einem 30jährigen Bürgerkrieg die volle Souveränität erreichen. Die Auswirkungen der ehemals dort herrschenden Kolonialmächte Italien/England, der Bürgerkrieg und die folgenden Überfälle durch Äthiopien, haben das Land in tiefes Elend gestürzt: 80% Analphabeten, zerstörtes Bildungs- und Gesundheitssystem, kaum Infrastruktur – das sollte nun

überwunden werden. Und es geht langsam voran. Heute können mehr als die Hälfte lesen und schreiben, die Zahl der Ärzte und Lehrer hat sich vervielfacht; und es herrscht – anders als in allen Nachbarländern – kein Hunger.

Noch immer ist kein Friede; Äthiopien hält – mit Unterstützung der USA - völkerrechtswidrig einen Teil Eritreas besetzt und provoziert militärische Zusammenstöße. Ohne eine straffe Verteidigungsarmee wäre das Land längst überrollt worden.

Man kann den Menschen und der Regierung vorwerfen, dass sie ihr Land in Frieden und vor allem Unabhängigkeit weiter aufbauen wollen. Dazu benötigen sie keine Ratschläge von außen, sondern nur das Akzeptieren ihrer Existenz. Das missfällt dem „freien Westen“, der gierig nach den dortigen Bodenschätzen schielt, der es nicht zulassen will, dass ein Land sich seiner Einflussnahme entzieht. Eine dumme Frage: warum wendet sich Grothe nicht gegen Saudi-Arabien, wo Menschenrechte mit Füßen getreten und Frauen keine Bedeutung haben? Warum wendet er sich nicht gegen die USA (hat die CIA ihm das untersagt?), wo in Guantanamo gefoltert wird, warum nicht gegen die NATO, die Massenmorde begeht?

Michael Beltz

Eritrea Info-Abend

Sicherlich wissen Sie aus der lokalen Presse, dass die eritreische Gemeinde in Deutschland ihr Festival im Sommer in Gießen durchgeführt hat. Da uns Gießen Wärme und Geborgenheit symbolisiert, wollen wir diesen Info-Abend organisieren, um über das Land Eritrea zu informieren und seine Menschen den Gießern nahe zu bringen. Da es in Bezug auf unsere Heimat einige Unstimmigkeiten gibt, laden wir Sie sehr herzlich ein, Fragen zu stellen und mit uns zu diskutieren.

**Themen: * Eritrea Land und Leute - * Eritreisches Festival
Donnerstag, 15. November, 18:00 Uhr (Einlass 17:30 Uhr)
im kleinen Saal der Kongresshalle Gießen, Berliner Platz 2**

Eritreische Frauenunion Gießen